

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienanbo...
Bieteschäft 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Montag, den 15. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Adventzoll.

Am heiligen dritten Adventsonntage hat die parlamentarische
Christenheit des Volkstums nach einer Sitzung, die 18 Stunden
und 40 Minuten ununterbrochen dauerte, den Tarif in ihre Hände
geschleppt.

Diese Riesensitzung wird in der Geschichte des deutschen Parla-
mentarismus unvergessen bleiben, unvergessen auch die achtstündige
Rede unfers Genossen Antrid, der sich noch in der letzten Stunde,
als die rohe Uebermacht bereits die Festung erobert zu haben schien,

Am dritten Adventsonntag wird in den Kirchen aus dem
Evangelium Matthäi verlesen, die Verse, in denen Christus Johannes
des Täufers Wesen lobt: „Was seid ihr hinausgegangen in die
Wüste zu sehen? ...“

Der Zolltarifredaktent wirkt andre Wunder. Die Menschen in
zwei Kleidern werfen sich zu Propheten auf und ihre Kunst ist,
die Sehenden blind, und die Gehörnden taub zu machen, die Keimten
werden ausfällig, die Hörenden taub und den Reden wird das
Evangelium des Bucherszollens gepredigt, das dem Armen das tägliche
Brot nimmt.

Die Socialdemokratie und in ihr das deutsche Proletariat ist
von Volkstrügeln überwältigt worden, nicht in christlicher Feldschlacht
sondern in nichtig-menschlicher Ueberfall. Aber sie hat ihr Ver-
sprechen erfüllt. Bis zur Erschöpfung ihrer physischen und geistigen
Kräfte hat sie mit der Uebermacht des Feindes gerungen.

Und in der That haben die Parteien des Volkstums in den
letzten Wochen mehr für uns gethan, als sie für sich erbeutet. Was
wir in dieser Zeit erlebt, war nicht wie eine Revolution der Reaktion,
eine Auflösung jeglichen Rechts, eine Vergewaltigung der Vernunft,
der Abolitionismus rohester Gewalt. Die Faust und das Stillet haben
den Zolltarif durchgehrt. Die Verfassung wurde zum leeren
Schemen, die Geschäftsordnung gebrochen oder verstümmelt, alle Ver-
griffe wurden ihres festen Sinnes beraubt, Versprechungen und Ver-
teuerungen von jedem Bindhauch bösen Gelistes in Nichts verweht,
das Einmaleins der verkehrten Welt wurde den Rechnungen zu
Grunde gelegt, und der höchste Beamte des Deutschen Reiches er-
sand als tiefste Regel moderner Regierungslogik den Satz, daß Gerechtigkeit
keine Gerechtigkeit sei.

So etwa noch im Proletariat Illusionen über die herrschenden
Klassen hatten mochten, die auch letzte ist grausam vernichtet. Man
hat es erfahren, daß sie den Unterdrückten Recht und
Moral nur deshalb predigen, um selbst außerhalb des Rechtes und
der Moral handeln zu dürfen. Jede Autorität ist in diesen Wochen
zum ellen Geispott geworden. Das niedrigste Interesse und die
elendeste Gier leitete die Ausschweifungen der Gewalt. Wir klagen
und wir jammern nicht über diese Niederreißung des heiligsten Wahns
der bürgerlichen Gesellschaft. Denn die Erkenntnis der Wahrheit, so
sehr sie die welchen Gemüter erschüttern mag, stützt unsre Kraft. Je
genauer wir den Feind kennen, desto sicherer wird die Strategier des
Proletariats.

Der Zolltarif ist außerhalb des Rechtes ohne jede Beratung in
zweiter Lesung" erprecht worden. Auch die Beendigung der dritten
„Lesung" wurde nur möglich durch die Anwendung weiterer bei-
spielloser Vergewaltigungen, die Diktatur des Präsidenten erreichte
ihren Höhepunkt. Das war das Ereignis dieser letzten Nachsitzung,
daß endlich auch Herr v. Ballestrem — nach Mitternacht —
sich demaskierte. Der Mann, der sich bisher schlau hinter
der Scene gehalten hatte und in allen kritischen Momenten die
Leitung den unfähigen Stolberg und Büsing überlassen hatte, trat
im Schlußakt hervor, entflohen, die Frucht der heimlichen Künste
in die Scheuer zu bringen. Zwar wußte man längst, daß der Graf
Ballestrem vor Zeugen erklärt hatte, daß der Antrag Kardorff un-
zulässig sei, aber immer versuchte man sein Verbleiben zu ent-
schuldigen, immer noch wollte man an seiner präsidialen Ehrenhaftigkeit
nicht zweifeln. Jetzt ist es erwiesen, daß er diese Gerichte, wie
er von Gewissensängsten wegen der Verträge der Mehrheit ge-
martert sei, geflissentlich ausgeprengt hat, um das Vertrauen der

Minderheit sich zu erhalten. Der Mann, der als politischer Gentleman
galt, enthielt sich als ein — Merkmal, dem der Jwed jedes Mittel
heilig ist. Sein parlamentarischer Glanz ist erloschen, er
ist als Regisseur der Rechtsbrüche entlarvt. Was Graf Ballestrem
in den letzten Stunden der Zolltariffaree geleistet, übertraf weit alle
Thaten der Stolberg, Büsing, Kardorff, Spahn, Wassermann. Die
ganze Specialberatung des Zolltariffs beschränkte sich auf die eine
achtstündige Rede Antrids. Dann trat Graf Ballestrem sein ent-
scheidendes Amt an, das so sorgsam vorbereitet war. Er verzweigte
ohne jede Begründung Abgeordneten der Socialdemokratie das Wort
zur Geschäftsordnung; dieser Centrumsgraf, der noch nichts für die
Menschheit gethan, wagte es sogar, einem Manne von der geschicht-
lichen Persönlichkeit unfers Rebel auf diese Weise mundtot zu
machen. Er bewies eine erstaunliche Geschicklichkeit darin, Wort-
meldungen geflissentlich zu überhören. Er gestattete sich dreißig an-
maßende Handbewegungen gegen Mitglieder des Hauses. Er häufte
Wiltür auf Wiltür, und er trug nicht im mindesten Bedenken, eine
Praxis umzusetzen, die er eben eingeführt. So gelang es ihm, das
ganze Gesez samt allen Anträgen so gut wie ohne Beratung zum
Ziele zu führen. Nur die namentlichen Abstimmungen konnte er
nicht verhindern. Wiederholt peitschten den Präsidenten leidenschaftlich
erregte Pfuirufen. Schließlich aber nahm Singer die letzte Gelegen-
heit wahr, um noch einmal in einem scharfsinnigen Aufruf all des
erduldeten Unrechts, das Verfahren der Mehrheit und ihrer Präsi-
dente, dieser „Mittel der Mehrheit", vor dem Volke zu brandmarken.
Unstre Partei begleitete die stolze und starke Abfertigung mit
brauleudem Beifall. Graf Ballestrem warf in den fünf Minuten,
die Singer sprechen durfte, drei Ordnungsrufe nach unfrem Redner.
Aber seine Worte hatten den Präsidenten doch getroffen. Er stieg
in den Saal hinauf, und seine Centrumskumpans versuchten ihn durch
Händedrücken in seinem Thun zu bestärken.

Namentliche Abstimmungen füllten im wesentlichen den Rest der
Sitzung aus. Vor der Schlußabstimmung fand eine Gratulations-
cour statt: Die Herren Wassermann, Gröber, Kardorff, Rettich usw.
schüttelten gerührt den Grafen Bülow und Kosadowsky die Hände.
Auch Graf Ballestrem wurde vereinzelt beglückwünscht. Die
Konserverativen aber hielten sich fern in fast feisterer Haltung, voll
tiefen Mißtrauens.

Um 4 Uhr 40 Minuten war das Werk gethan. Das Centru-
mlich stimmte ein Siegesgebell an; die Linke antwortete mit
Pfuirufen. Die Socialdemokraten verließen den Saal; sie mögen
die allergrößtenthil Weihnachtswünsche des Präsidenten des Brot-
wuchers nicht anhören.

Wenige Minuten darauf ist der weite Saal öde und leer.
Boden und Bänke sind besät mit weißen Bogen, Schnitzeln, Fegen.
Zwei Diener erscheinen, um aufzuräumen. Uebermächtig raffonnieren
sie über die späte, mildevolle Arbeit — Totengräberarbeit. Ihre
staubenden Beschuwerden hallen schrill und unheimlich durch den
schändlich entweihten Raum. ...

An der Wende.

Der Stand der Dinge.

Obwohl das Zolltarif-Gesez durch einen offenen Ver-
fassungbruch zu stande gekommen ist, wird es unzweifelhaft
genehmigt und publiziert werden. Offen bleiben nur die
Fragen, wann das verhängnisvolle Gesez in Kraft tritt,
ferner ob und wann sich die Regierung dazu entschließen wird,
die Beseitigung seiner Unmöglichkeiten durch eine Novelle
zu versuchen. Auch das wird erst die Zukunft lehren, ob der
Tarif seine Wirkungen unmittelbar geltend machen wird, oder
ob es gelingt, durch Abschluß von Handelsverträgen diese
Wirkungen abzuschwächen. Wenn die verbündeten Regierungen
dieses auf ungeschicklichem Wege zu stande gekommene
Werk für ein Gesez gelten lassen wollen — und, wie
gesagt, das werden sie thun — dann sind sie
formal daran gebunden, bei Abschluß künftiger Handels-
verträge bei folgenden Mindestsätzen unweigerlich zu ver-
harren! Für den Doppelcentner Roggen 5 M., Weizen
5,50 M., Drangerste 4 M., Futtergerste 3 M., Hafer 5 M.
Das bedeutet folgende Erhöhung gegen den bisher
geltenden Vertragszoll: Für Roggen 1,50 M., Weizen 2 M.,
Drangerste 2 M., Futtergerste 1 M., Hafer 2,20 M. Sollten
sich die Regierungen aber überzeugen, daß weder die
wichtigsten Vertragsstaaten oder der nächste Reichstag
auf solche Erhöhungen nicht eingehen würden, dann bleiben
ihnen zwei Wege übrig: erstens der Zollkrieg, zweitens
aber der formale Druck eines Rechts, das kein Recht ist, die
Herabsetzung der Minimalzölle. Der nächste
Reichstag ist berechtigt, die Beschlüsse seiner Vorgänger aufzu-
heben; er kann das thun durch eine Revision des Tarif-
gesezes oder einfach durch Genehmigung von Handelsver-
trägen, die unter die Mindestzölle herabgehen. Daraus
ergibt sich, daß die letzten Fragen noch nicht entschieden sind,
und daß für die handelspolitische Zukunft Deutschlands auch
jetzt noch, nach der fingierten Annahme des Entwurfes, die
nächsten Reichstagswahlen von allergrößter Be-
deutung bleiben.

Nicht mit allen Staaten der Welt stehen wir im Ver-
hältnisse des Handelsvertrages. Die wichtigsten Staaten, mit
denen Handelsverträge abgeschlossen wurden, sind folgende:
Oesterreich-Ungarn, Italien, Schweiz, Belgien, Rußland,
Serbien, Rumänien, Spanien, von außereuropäischen Staaten
Aegypten, Tunis, Kolumbien, Uruguay und Japan. Im Verhältnis

der Meistbegünstigung stehen wir zu Frankreich und den
Bereinigten Staaten von Nordamerika; die Ein- und Ausfuhr
erfolgt mit den niedrigsten Zollsätzen, die einer der
Staaten einem andern zugebilligt hat. Die wichtigsten dieser
Verträge sind zum 31. Dezember 1903 kündbar. — Für jene
Länder, mit denen keine neuen Handelsverträge geschlossen
worden, soll der autonome Tarif in Kraft treten. Jener Tarif,
dessen vollständige Unbrauchbarkeit mehrfach bewiesen
und von den Vertretern der Regierungen wiederholt anerkannt
worden ist!

Eine Verteuerung der Lebensmittel droht für den Fall,
daß minder günstige Handelsverträge abgeschlossen werden.
Eine vollständige Katastrophe tritt aber ein, wenn der auto-
nome Zolltarif auch nur einem wichtigen Handelsstaat gegen-
über in Kraft tritt. Dann wird die Verteuerung der Lebens-
mittel noch viel schwerer, die Einfuhr mancher (Nüch-
tergewächse) vollständig unterbunden, einzelne Industrien und
Erwerbszweige werden ihrer wichtigsten Hilfsstoffe beraubt,
manche Handelszweige vollständig ausgerottet. Die Gegen-
maßregeln des Auslandes werden uns die Ausfuhr abschneiden,
unstre Industrieprodukte werden keine Käufer finden: von beiden
Seiten bedroht, durch verteuerte Lebensmittel und verminderte
Arbeitsgelegenheit wird die deutsche Volkswirtschaft in eine
furchtbare Krise geraten.

Der Kampf ist nicht zu Ende! Wir werden uns
nicht damit begnügen, gegen ein ungünstiges Gesez Protest zu
erheben, wir werden für eine möglichst rasche Beseitigung
kämpfen müssen. Die deutsche Socialdemokratie sieht sich vor
eine neue verantwortungsvolle Aufgabe gestellt; die Wähler
werden sie durch ihren Nachspruch in die Lage versetzen,
diese Aufgabe zu erfüllen.

Drum auf, zu neuen Kämpfen!

Des Kaisers Dank.

Das Depeschembureau Wolff meldet aus Potsdam und
Berlin vom 14. Dezember:

Der Reichskanzler und Gräfin v. Bülow waren heute zum
Frühstück bei den Majestäten geladen. Se. Majestät der Kaiser
überreichte hierbei dem Grafen v. Bülow die Ketten des Hohen-
zollern-Ordens.

Se. Majestät der Kaiser verlieh dem Staatssekretär des Innern
Grafen v. Kosadowsky die Ketten zum Großkreuz des Roten Adler-
Ordens, dem Staatssekretär des Reichsschatzamtens Freiherrn
v. Thielmann den Roten Adler-Orden 1. Klasse und dem Staats-
sekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn v. Nischolsen den
königlichen Kronenorden 1. Klasse.

Weitere Ordensauszeichnungen sind offenbar noch zu er-
warten. Ballestrem, Stolberg, Büsing, Kar-
dorff, Gröber, Spahn, Herold, Wassermann,
Baasche wer zählt die Hoffnungsvollen alle? Auch Eugen
Richter wird hoffentlich nicht vergessen bleiben; er erwartet
das allgemeine Ehrenzeichen.

Wilhelm II. und die Zollpolitik.

Das Wort vom Brotwucher, das in diesem Kampfe
so oft gebraucht worden ist, stammt bekanntlich von Wilhelm II.
Als der Antrag Kautz zur Diskussion stand, erklärte er,
man dürfe ihn nicht zumuten, Brotwucher zu treiben.

Als im Jahre 1901 am vierzehnten Januar die Handels-
verträge mit Oesterreich, Italien und Belgien zu stande kamen,
hielt er bei der Einweihung des Lektorer Kreishauses in
Berlin eine Rede, in der er sagte:

Meine Herren, wir danken dieses Ergebnis der Arbeit des
Reichskanzlers von Caprivi. Dieser schätzbare preussische General
hat es verstanden, sich in zwei Jahren in Thematia einzuarbeiten,
die zu beherzigen auch für den Eingeweihten außerordentlich schwer
ist. Mit weitem politischen Blick hat er es verstanden, im richtigen
Augenblick unser Vaterland vor schweren Gefahren zu behüten. Es
ist selbstverständlich, daß einzelne Interessen Opfer bringen müssen,
damit das Wohl des Ganzen vorwärts gebracht werde; Ich glaube
aber, daß die That, die durch Einleitung und Abschluß der Handels-
verträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeu-
tendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird,
geradezu eine rettende zu nennen ist.

Ich bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen
von Untertanen der andern Länder, die mit uns bei dem großen
Zollbündnis stehen, werden bereitwillig diesen Tag segnen.

Ich fordere Sie auf, mit mir das Glas zu leeren auf das Wohl
des Herrn Reichskanzlers: Seine Excellenz der General der In-
fanterie von Caprivi, Graf von Caprivi, er lebe hoch! und nochmals
hoch!! und zum drittenmal hoch!!!

Gegenüber den wachsenden agrarischen Widerständen ergab
sich bald, daß die rettende That ohne Hilfe der Social-
demokraten nicht durchgeführt werden konnte. Die Annahme
des neuen Zolltariffs ist aber ein Sieg dieser agrarischen
Widerstände, ein Sieg von Einzelinteressen über das Wohl
des Ganzen, eine Vernichtung der rettenden That. Wägen
sich auch die Meinungen an anderer Stelle geändert haben,
die Socialdemokratie wird es sich immer zum Ruhme an-
rechnen, daß sie gegen diesen gewaltthätigen und rechts-
wibrigen Unsturz gekämpft hat und — weiter kämpft!

Auch der Sachsenkönig gratuliert.

Aus Dresden meldet Wolff vom 14. Dezember:
Se. Majestät der König von Sachsen hat an den Reichs-
kanzler Grafen von Bülow folgendes Telegramm gerichtet:
Eure Excellenz beglückwünsche ich herzlich zur Annahme der
Tarifvorlage und zu dem hierbei von Ihnen erzielten großen
Erfolg.
Georg.

Das sächsische Volk wird schwerer als jedes andre an der Last des neuen Zolltarifs zu tragen haben.

Preßstimmen über die letzte Sitzung.

Die Berliner Morgenblätter vom Sonntag waren nicht in der Lage, über den Ausgang der großen Sitzung berichten zu können. Nur einige sind in der Lage gewesen, die Fortschritte der Rede Antriks verfolgen zu können. Die Protokollpresse, die vom letzten entscheidenden Gewaltstreik Walkeström's noch nichts wußte, schämt vor Wut. Die „Deutsche Tageszeitung“ zeteriert über „Schulbubenmanier“, die „Post“ behauptet lägerisch, „wenn seine Kraft zu erlahmen scheint, veranstalten die Genossen einen mehr oder minder starken Höllenlärm“ — tatsächlich haben unsere Genossen die größte Ruhe gewahrt und die Rede war es, die den Redner durch Lärm und Geschrei unterbrach. Den Vogel aber schießt Herr Scherls würdiges Organ ab, der „Local-Anzeiger“. Er schreibt:

Die Mehrheit machte von der Möglichkeit, die Debatte sogleich zu schließen, keinen Gebrauch. Sie ließ nach dem Abg. Köstler-Dessau und Herrn v. Kardorff noch Herrn Antrik zum Wort. Aber sie erntete schlechten Dank. Herr Antrik sprach von 1/2 Uhr ab Stunde auf Stunde, nur um zu sprechen, lediglich in der Absicht, die Beratung am gestrigen Tage nicht zu Ende kommen zu lassen. . . .

Von allen Seiten konnte man auf den Tribünen sagen hören, jetzt mag die Mehrheit machen, was sie will, man kann ihr nichts verübeln. (!) Nur Herr Antrik und seine Freunde hatten das Gefühl dafür nicht. Das heißt denn doch den Parlamentarismus in einer Weise diskreditieren, die sich, wie man fürchten muß, noch bitter rächen wird.

Die politische Polizei ist wieder unter die Schriftsteller gegangen wie zur Zeit der Lüchow und Ledert, der Tausch und Normann-Schumann.

Gute Kapitalanlage.

Das Zustandekommen des Zolltarifs hat auch ein schön es Stück Geld geflohen. Die Abgeordneten des Centrums, der nationalliberalen und der konservativen Partei beziehen für gewöhnlich keinerlei Entschädigung. Nur bei außerordentlichen Anlässen, wenn es gilt, „der guten Sache zum Siege zu verhelfen“, erhalten die Abgeordneten dieser Parteien eine metallische Rückenstütze. So war es bei dem Kampfe um die lex Heinze der Prinz Arenberg, der für die Warmhaltung der Rügen sorgte. Diesmal sollen sich, wie im Reichstage vielfach erzählt wurde, entsprechend den bedeutend höheren Kosten mehrere Wohlthäter gefunden haben. Als solche nennt man an erster Stelle die Herren Walkeström, Arenberg, Magnis und Savigny. Man begreift von diesem Gesichtspunkt aus besser als bisher die Eile der Mehrheit; möglichst schnell hieß diesmal auch möglichst billig. Wenn auch, wie man aus socialpolitischen Gründen hoffen darf, für Nacharbeit und Sonntagsarbeit ein Aufschlag gilt, kam der Zolltarif immer noch viel billiger zu stehen, als wenn noch in dieser Woche weiter verhandelt worden wäre.

Für die genannten Herren wäre allerdings der bezahlte Zollpfennig gut und sicher angelegtes Geld. Der Protzoll erseht ihn tausendfach.

Reichstag.

Schluß der Sonnabend-Sonntag-Sitzung.

Um 12 Uhr füllte sich der Saal. Die hereinströmenden Abgeordneten der Rechten rufen dem Redner wiederholt zu: Lauter, lauter!; von der Linken antworten ihnen entzückte Ausrufe: Ruhe dort drüben!

Präsident Graf Walkeström: Ruhe, hüben und drüben! (Große Heiterkeit.)

Abg. Antrik

führt in seiner Rede fort. Ein Abgeordneter der Rechten rief laut. Vielfache Ausrufe rechts: Profit Krapatschek! (Präsident Graf Walkeström: Ich bitte um Ruhe. Das ist meine Pflicht.)

Redner kritisiert die Politik des Bundes der Industriellen, der für die Vertenerung der Lebensmittel eingetreten ist. Schlimmer noch als diese Arbeitgeber-Organisation, die geradezu wie ein Arbeitsschinder gehandelt hat, ist Herr v. Kröcher gegen die Arbeiterklasse aufgetreten — (Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Präsident Graf Walkeström:

Herr Abgeordneter, Sie haben den Herrn v. Kröcher als schlimmer dargestellt, als den Bund der Industriellen, den Sie als Arbeitsschinder bezeichnet haben. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Bravo! bei der Mehrheit. Ausrufe rechts: Zum zweitenmal!)

Abg. Antrik (fortfahrend):

Das weiß der Herr Präsident genau so gut wie Sie! Wenn mir in der Hitze des Gefechtes ein etwas so scharfer Ausdruck entfallen ist, so hat der Präsident das Recht, mich zu bestrafen, aber Sie (zur Mehrheit) haben nicht das Recht, mich zu denunzieren. (Oho! rechts.) Redner fährt weiter aus, daß die arbeiterfeindliche Politik der Mehrheit unterstützt wird von der preussischen Polizei. Auch das Justizhausgesetz bezeuge sich in derselben Richtung —

Präsident Graf Walkeström:

Herr Abgeordneter, Sie entfernen sich sehr weit von der Sache! Ihre jetzigen Ausführungen stehen mit dem Zolltarif in gar keinem Zusammenhang. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Antrik (fortfahrend):

Es war nur eine ganz kurze Nebenbemerkung. Im allgemeinen werden Sie (zur Mehrheit), wie unangenehm Ihnen mein Vortrag gewesen sein mag (Sehr richtig rechts), nicht leugnen können, daß ich mich streng an die Sache gehalten habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Ich will aber zum Schluß kommen. Die deutsche Industrie verdankt ihre große Stellung vornehmlich dem Fleiß und der Thätigkeit der deutschen Arbeiterklasse. Auch die Zukunft der deutschen Industrie wird von der Intelligenz und Thätigkeit der deutschen Arbeiter vornehmlich abhängen. Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut wird. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Und weil wir der Ueberzeugung sind, kämpfen wir, nicht um Sie zu belehren, sondern um dem Volke klar zu machen, welches Anheil ihm von diesem Zolltarif droht. (Sehr gut! links.) Indem ich dies thue, habe ich meine Pflicht gethan, nichts als meine Pflicht als einfacher Soldat in der großen Armee, die da kämpft zur Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Socialdemokraten.)

Um 1/4 Uhr nachts ist die Rede Antriks zu Ende. Die Rede hat also genau acht Stunden gedauert.

Präsident Graf Walkeström:

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. (Große Unruhe links.) Ich muß dringend um Ruhe bitten, wenn ich spreche, sonst wird es mir zu schwer.

Abg. Singer beantragt namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. (Dieser Antrag wird von der freisinnigen Volkspartei nicht mitunterstützt.)

Der Schlußantrag wird mit 234 gegen 73 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Präsident Graf Walkeström

teilt mit, daß zwei Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung vorliegen, erstens ein Antrag Spahn (C.) auf Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche Abänderungsanträge zu § 1 mit Ausnahme des Antrages Herold, zweitens ein Antrag Baudert, über den Antrag Herold und über sämtliche übrigen zum § 1 gestellten Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Ich werde zuerst über den Antrag Spahn abstimmen lassen. (Ausrufe links: Zur Geschäftsordnung!) und dann über den Antrag Baudert, sobald davon noch übrig geblieben sein wird. (Wiederholte Ausrufe bei den Socialdemokraten: Zur Geschäftsordnung! Der Antrag Baudert ist der weitgehendste!) Das Wort für den Uebergang zur Tagesordnung nach seinem Antrage hat der Abg. Spahn.

Abg. Spahn (C.):

Aus dem Stimmenverhältnis im Reichstage ergibt sich, daß mein Antrag berechtigt ist. Ich bitte Sie, ihn anzunehmen. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Präsident Graf Walkeström:

Das Wort gegen ihn ist nicht verlangt.

Abg. Stadthagen (Soc.)

welbet sich und fährt aus, daß dem Antrag Baudert der Vortritt gebühre. Bei den Abänderungsanträgen ist kein so verfahren worden, daß über den Antrag, der alle Positionen umfaßt, zuerst abgestimmt wurde, wenn auch gegen unsern Widerspruch. Wir müssen darauf bestehen, daß dieser Gebrauch jetzt nicht plötzlich geändert wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auch sachlich ist das Verlangen berechtigt. Herr Spahn hat auf das Abstimmungsverhältnis bei der zweiten Lesung hingewiesen. Aber die dritte Lesung ist doch eben in der Erwartung eingeführt, daß noch dieser oder jener zu einer andern Ueberzeugung kommt. Ich bitte Sie, den Antrag Spahn abzulehnen, weil er auch über einen unser Anträge zur Tagesordnung übergehen will, der die früheren Forderungen der Konservativen auf Herabsetzung der Industriezölle (Antrag Bonin-Bahrenbusch) wieder aufnimmt.

Präsident Graf Walkeström: Die fünf Minuten sind vorüber. . . .

Abg. Stadthagen zur Geschäftsordnung: Herr Präsident, ich habe (Glocke des Präsidenten). Präsident Graf Walkeström: Ich habe Ihnen noch nicht das Wort gegeben, Sie haben es nicht, daher (mit einer Handbewegung) bitte. (Bravo! bei der Mehrheit.) Im übrigen bleibe ich bei meiner Ansicht, die der Gerechtigkeit entspricht.

Der Antrag Dr. Spahn wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 298 gegen 72 Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Präsenz-ziffer 300) angenommen. Sämtliche Amendements zum § 1 des Zolltarif-Gesetzes mit Ausnahme des Antrages Herold sind damit durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Antrag Baudert bezieht sich danach nur noch auf den Uebergang zur Tagesordnung über das Amendement Herold.

Abg. Baudert (Soc.)

spricht für seinen Antrag. Er fährt aus: Sie (zur Mehrheit) mögen beten: Und vergib uns unsere Schuld! Aber die Schuld, die sie mit der Annahme dieses Zolltarifes auf sich laden, ist so groß, daß kein Herrgott sie Ihnen vergeben kann! (Oho! bei der Mehrheit. Große Unruhe.) Millionen von Füssen werden auf Ihren Häuptern lasten — (Ärgernde Zurufe rechts und im Centrum.)

Präsident Graf Walkeström:

Die fünf Minuten sind vorüber. (Ausrufe bei den Socialdemokraten: Nein! Nein!)

Abg. Baudert (Soc.):

Das ist auch kein Beweis gegen meine Behauptung! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Abg. Baudert verläßt unter lebhaften Proteststimmgebungen die Tribüne und ruft dem Präsidenten zu: Nur so fort.

Abg. Dr. Baehem (C.)

spricht gegen den Antrag Baudert. Die Annahme des Antrages Herold werde der entscheidende Schritt für das endgültige Zustandekommen des Zolltarifs sein.

Der Antrag Baudert wird in namentlicher Abstimmung mit 292 gegen 54 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Nach Verlesung dieses Abstimmungsergebnisses teilt

Präsident Graf Walkeström

mit: Herr Abg. Bebel hat schriftlich um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten. Ich bedaure, es ihm nicht geben zu können.

Darauf wird das Amendement Herold in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 105 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. (Präsenz-ziffer: 305.)

Ebenso wird in namentlicher Abstimmung § 1 mit dem Amendement Herold mit 200 gegen 107 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Während dieser Abstimmung erscheinen — gegen 1/2 Uhr — die bekannten fünf jungen Attaches in Frack und weißer Hemdbrust in der Diplomatenloge. Ihr Erscheinen wird von den Abgeordneten mit lauten Ausrufen: Ah! Ah! und großer Heiterkeit begrüßt.

Präsident Graf Walkeström:

Es liegt mir ein Antrag Spahn vor, die §§ 1a bis 12 mit den dazu gestellten Anträgen, sowie die Anträge Albrecht auf Einschaltung eines § 1b und eines § 1c und Ueberschrift und Einleitung des Zolltarif-Gesetzes in der Diskussion zu verbinden. (Abg. Singer bittet um das Wort zur Geschäftsordnung.) Nach § 19, 2 der Geschäftsordnung ist eine solche Verbindung zulässig, wenn das Haus darüber einen Beschluß faßt. (Mehrere socialdemokratische Abgeordnete bitten um das Wort zur Geschäftsordnung.) Zur Geschäftsordnung gebe ich nicht das Wort! (Großer Lärm links. Ausrufe bei den Socialdemokraten: Psui! — Ärgernde Zurufe rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!)

Präf. Graf Walkeström:

Ich werde den Herrn nicht zur Ordnung rufen! Ich habe das Wort selber einmal gebraucht. Ich weiß, es ist nicht so böse gemeint.

Der Antrag Dr. Spahn auf Verbindung der §§ 1a—12 wird in einfacher Abstimmung durch rasches Erheben der Mehrheit von den Plätzen angenommen.

In der Diskussion über diese zusammengefaßten Paragraphen nimmt das Wort

Abg. Gamp (Rp.):

Ich glaube, daß es mir möglich sein wird, mich noch wesentlich kürzer zu fassen als der Abg. Antrik. (Heiterkeit bei der Mehrheit. Unruhe bei den Socialdemokraten.) Die Beschlüsse der zweiten Lesung sind mit so eingehender Begründung gefaßt worden, daß es hierüber weiterer Worte nicht bedarf. Die eingegangenen Anträge sind schon in der Kommission gestellt worden und durch die Beschlußfassung der Kommission widerlegt. Wenn ich mich kurz fasse, so besorge ich damit einen Akt, der da lautet:

„Sag, was Du willst, kurz und bestimmt
Laß alle leeren Phrasen fallen,
Wer nutzlos unre Zeit und nimmt,
Veschieht uns und Du sollst nicht fehlen!“

(Lebhafte Beifall bei der Mehrheit. Stürmische Oho!-Ausrufe und Lärm links.)

Präsident Graf Walkeström:

Es ist ein Antrag Bernstein eingegangen, als § 12a in das Gesetz einzufügen: Für die nachgenannten Waren dürfen die durch den ersten Absatz des § 1 festgesetzten in den endgültigen Beschlüssen der Zolltarif-Kommission enthaltenen Zollsätze in Handelsvertrags- oder andern vertragsmäßigen Abmachungen nicht über die beigefügten Sätze hinausgesetzt werden: Rübenzucker 2 M. pro Doppelcentner, Hirse 1 M., Weis, Datt 2 M., Malz 4 M., Speisebohnen, Erbsen, Linsen 2 M., Futterbohnen, Lupinen, Widen 2 M.

(Mehrfache Zurufe bei den Socialdemokraten.) Ich muß erst zum Schluß kommen.

Es ist mir ferner ein Antrag auf Schluß der Debatte zu gegangen vom Abg. Dr. Spahn.

Zur Unterstützung dieses Antrages erhebt sich die Mehrheit. Präsident Graf Walkeström ersucht diejenigen, die den Antrag annehmen wollen, stehen zu bleiben. Der Schlußantrag wird von der Mehrheit durch Stehenbleiben angenommen. (Psui-Ausrufe und entzückter Widerspruch bei der Opposition.)

Verschiedene socialdemokratische Redner bitten um das Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Graf Walkeström: Sie sind im Irrtum. Die Diskussion über sämtliche Paragraphen ist bereits geschlossen. (Empörtter Ausrufe bei den Socialdemokraten.öhnliches Gelächter bei der Mehrheit. Vielfache erregte Zurufe bei den Socialdemokraten: Soll das eine Beratung sein? Kennen Sie das eine Diskussion? Unerhört!)

Präsident Graf Walkeström:

Es sind zwei Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung eingegangen, ein Antrag Stadthagen auf Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge Albrecht auf der Druckseite 793 mit einer Ausnahme. Abg. Spahn beantragt über alle Anträge, einschließlich des von Bernstein beantragten § 12a zur Tagesordnung überzugehen. Zur Erklärung hat Abg. Stadthagen das Wort.

Abg. Stadthagen (Soc.): Unser Antrag verhält sich zum Antrag Spahn, wie vorher der Antrag Spahn zum Antrag Baudert. Er muß daher zuerst zur Abstimmung kommen.

Kunnecht erhält Abg. Stadthagen (Soc.) das Wort für seinen Antrag. Abg. Dr. Spahn (C.) erhält das Wort dagegen, erklärt sich aber ebenfalls für den Antrag. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Der alte Stimulant! Der alte ehrliche Spahn!)

Der Antrag Stadthagen wird in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 72 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. (Präsenz: 302.)

Hierauf erhält Abg. Spahn (C.) das Wort für seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Singer (Soc.) erhält das Wort dagegen: Die widerspruchsvolle Art der Behandlung seitens der Majorität in dieser ganzen Frage, welche den einen Zweck hat, daß Sie die Worte des Zolltarifs einheimen (Lebhafte Beifall bei den Soc.), zeigt sich auch jetzt wieder. Nachdem das Haus einen Antrag angenommen hat, in dem es beschlossen hat, über eine Reihe von Anträgen nicht zur Tagesordnung überzugehen, kommt nun der Abg. Spahn und sagt: Steht den Beschluß um und geht auch über diese Anträge zur Tagesordnung über! (In großer Erregung mit erhobener Stimme): Nach der Handhabung der Geschäfts, wie wir sie heute abend hier erlebt haben, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben, giebt es in diesem Hause kein Recht und kein Gesetz, die Präsidenten sind nicht mehr Präsidenten des Reichstags, sie sind Bittler der Majorität. (Stürmischer demonstrativer Beifall bei der Opposition, Lärm bei der Mehrheit.) Präsident Graf Walkeström ruft den Redner zur Ordnung.) Die Präsidenten sind Volkstreter von Rechtsbrüchen. (Erneuter stürmischer Beifall bei der Opposition. Präsident Graf Walkeström ruft den Redner zum zweitenmal zur Ordnung.) Und das alles, um den Tarif fertig zu bekommen. Das noch einmal in letzter Minute vor dem Lande zu konstatieren, ist notwendig, und wenn Sie, meine Herren, heute in die Ferien gehen, dann gehen Sie in die Ferien beladen mit dem Vorwurf, daß Sie das Recht in diesem Hause gebrochen haben. (Stürmischer, anhaltender Beifall bei der Opposition, Lärm bei der Mehrheit.)

Präf. Graf Walkeström

ruft den Abg. Singer zum drittenmal zur Ordnung.

Der Antrag Spahn wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Es folgen die Abstimmungen über die §§ 1a—12 des Tarifgesetzes, die namentlich sind.

2 Uhr 15 Minuten läßt sich Präsident Graf Walkeström vom Vizepräsidenten Wising ablösen. (Während der Präsident durch den Saal schreitet, schütteln ihm Mitglieder des Centrums und der Konservativen die Hand.)

Sämtliche Paragraphen werden in namentlicher Abstimmung angenommen, und zwar:

| | | | |
|---------------------------|---------|----------|------------------------------|
| § 1a | mit 282 | gegen 26 | Stimmen; Präsenz-ziffer: 308 |
| 2 | 246 | 54 | 300 |
| 3 | 228 | 66 | 294 |
| 4 | 254 | 35 | 289 |
| 5 | 298 | — | 298 |
| 6 | 296 | — | 296 |
| 7 | 299 | — | 299 |
| 7a | 228 | 70 | 298 |
| 8 | 230 | 68 | 298 |
| 9 | 297 | 2 | 299 |
| 10 | 282 | 69 | 301 |
| 11 | 234 | 69 | 303 |
| 11a | 263 | 35 | 304 |
| (bei 6 Stimmenthaltungen) | | | |
| § 12 | 227 | gegen 73 | Stimmen; 300 |

§ 10a betr. die Aufhebung kommunaler Octrois vom 1. April 1910 ab wird in einfacher Abstimmung fast einstimmig angenommen.

Während des Verlaufes der Abstimmungen ist der Reichskanzler wieder im Saal erschienen.

Bei der Annahme des § 11a (sogenannte Witwen- und Waisenversorgung vom 1. Januar 1910 ab) ruft Abg. Trimborn (C.) mit lauter Stimme: Bravo! Bravo!

Einleitung und Ueberschrift des Zolltarif-Gesetzes werden vom Präsidenten, da niemand widerspricht, ohne besondere Abstimmung für angenommen erklärt.

Präsident Graf Walkeström:

Damit ist die dritte Lesung beendet. (In demselben Augenblick eilt eine Schar von sechs Saalbedienten, die schon vorher hinter den Portieren am Präsidentensitz bereit gestanden hatte, in den Saal und verteilt die bereits im Druck hergestellte Zusammenstellung der Beschlüsse an die Abgeordneten.)

Präsident Graf Walkeström: Dann können wir die Gesamt-Abstimmung sofort vornehmen. Sie ist eine namentliche.

Während die Abstimmung vorgenommen wird, begeben sich zahlreiche Mitglieder der Mehrheitsparteien, darunter die Abg. Graf Stolberg, Wasseremann, Raafche, Jakobskötter, Sattler, Gröber, Herold, Spahn, Roeren, Kettich, Liedemann, Münch-Faber, v. Kardorff u. a. zum Reichskanzler Grafen Wolff und zum Staatssekretär Grafen Poladovskii, um ihnen zum Zustandekommen des Zolltarifs zu gratulieren. Auch Präsident Graf Walkeström bekommt einige Glückwünsche ab. Die Mitglieder des Bundesrats beglückwünschen sich untereinander.

Präf. Graf Walkeström:

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es haben abgestimmt 303 Mitglieder; davon mit ja 202, mit nein 100, enthalten hat sich einer.

Das Zolltarif-Gesetz ist daher in dritter Lesung angenommen. Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Mehrheitsparteien, besonders dem Centrum, mit anhaltenden stürmischen Bravo- und Hurraurufen begrüßt, worauf die Linke mit lauten Psuirufen und erregten Ausrufen der Entrüstung antwortet. Diese Kundgebungen halten längere Zeit an.

Präsident Graf Walkeström:

Ich bitte um Ruhe. Ich schlage dem Hause vor, sich zu vertagen und die nächste Sitzung abzuhalten am Dienstag, den 13. Januar 1903, 2 Uhr, mit der Tagesordnung 1. Resolutionen und Petitionen zum Zolltarifgesetz, 2. Petitionen.

(Die Socialdemokraten und die Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung haben nach der Gesamtstimmung den Saal verlassen.)

Präs. Graf Ballestrem: Meine Herren! Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen allen ein recht frohes und gesegnetes Weihnachtstfest und ein recht glückliches neues Jahr zu wünschen. (Beifall.)

Schluss der Sitzung am Sonntag, den 14. Dezember, 4.40 Uhr morgens. Dauer der Sitzung: 18 Stunden 40 Minuten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember.

Die Bilanz der französischen Herbst-Session.

Paris, 10. Dezember. (Fig. Ver.) Die parlamentarische Mühle hat wieder einmal fast zwei Monate lang leeres Stroh gedroschen. Selbst der anscheinend so lebhaft antisklerale Eifer hat nichts weiter gezeitigt als die kleine strafgesetzliche Fiktionelle zum Vereinsgesetz. Diese Novelle ist überhaupt die einzige bedeutende definitive Leistung beider Kammern in der Herbst-Session. Selbst die Genehmigungsgesuche der Kongregationen sind noch nicht einmal in Angriff genommen worden. Vor Tageschluss hat die Deputiertenkammer noch die Zuckerreform nebst der Brüsseler Zuckerkonvention votiert. Sonst wären nur noch ein paar gesetzgeberische Anläufe, gute und schlechte, seitens des Senats zu erwähnen. Keine auf der geduldeten Tagesordnung stehenden größeren Reformen sind auch nur zur Beratung gestellt worden: weder der im Senat in der Sommer-Session bereits angegriffene Gesetzesentwurf über die zweijährige Dienstzeit, noch die Unterrichtsreform, noch das Achtstunden-Gesetz für die Vergewerker, dessen „möglichst schleunige“ Annahme im Senat von der Regierung vor dem Generalstreik versprochen worden war, noch die ebenfalls schleunigst in Aussicht gestellte Reform des Pensionsgesetzes für die Vergewerker, noch gar erst die allgemeine Altersversicherung und die Reform der Militärjustiz.

Der Senat faulenzte, wie immer, sozusagen grundsätzlich, gleichwohl, durch das träge Nichtstun jede Reform verschleppend. Die Kammer verdröselte ihre Zeit plan- und sinnlos, so daß wir bisher, ein halbes Jahr nach Beginn der Legislatur, nicht einmal mit den Mandatsprüfungen fertig geworden ist. Erst gegen Ende der Session hat sie die Werkzeuge der gesetzgeberischen Arbeit, die ständigen Kommissionen, zu Stande gebracht. Zu alledem hat sie das Budget für 1903 in der „außerordentlichen“ Session, die ordnungsmäßig gerade der Budgetberatung gewidmet sein müßte, nicht einmal in Angriff nehmen können.

Bei der vollständigen Desorganisation der gesetzgeberischen Arbeit wurde desto mehr Zeit auf die Interpellationen verwandt, die nützlichen und die unnützen, während dieselben in der früheren Legislatur in der Regel nur an einem bestimmten Tag in der Woche beraten wurden.

Man sieht, der reformeifrig sein sollende Regierungsbloc hat sich bisher ganz unfähig gezeigt, seinen Eifer in Taten anzusehen. Sollte das nur unfähige Schlamerei sein? Jedenfalls hat auch die Regierung nichts getan, um den unbeholfenen „Bloc“ in Bewegung zu setzen. Die Nationalisten aber dürfen froh sein, daß der „Bloc“ durch sein Nichtstun ihre Geschäfte viel besser besorgt als sie selber durch ihre tölpelhaften demagogische Dystrophie.

Letztere entlud sich wieder einmal in laut berechneten Fiskalweiber-Ausfällen in der Schlußsitzung der Kammer anlässlich der zweiten, nicht der letzten, Interpellation über die Humbert-Affäre. Die erklärten nationalpolitischen Gasdovindler suchten ihre Tugendhaftigkeit zu reparieren durch verleumderische Anschwärmung ihrer politischen Feinde, trotzdem die Humberts ihre Gaunerei auf kirchlich-patriotischer Grundlage aufgebaut haben und Herr Humbert ein ehemaliger boulangistischer Abgeordneter ist. Aber freilich sorgen Regierung und Regierungsmehrheit dafür, daß die vergiftete Waffe den Nationalisten nicht so bald aus den Händen gerunden wird. Sie denken ja nicht daran, mit der gerichtlichen Säule aufzuräumen, die allein die zwanzigjährige Gaunerei und die schließliche Enttarnung der Gaunerei ermöglicht hat.

Deutsches Reich.

Eine Kandidatur Vizt. Die freisinnigen Vertrauensmänner des Reichstags-Wahlkreises Rikidian-Kroffen-Schwiebis haben einstimmig den Beschluß gefaßt, Herrn Professor v. Vizt, dem bekannten Strafrechtstheoretiker an der Berliner Universität, die Kandidatur anzubieten.

Der Wahlkreis war seit 1898 durch den liberalen Abgeordneten Rechtsanwalt Fahlke vertreten. Fahlke hat die Wiederannahme abgelehnt. Die Wahl Vizts dürfte als gesichert gelten.

Rückhandlungen an Bord der „Schwalbe“. Wegen Rückhandlungen Untergebener hatte sich vor dem Kriegsgericht der ersten Marine-Inspektion in Kiel der Bootsmannmaat Sch. von der Besatzung, der aus Ostfriesland heimgekehrt, „Schwalbe“ zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich die Vergehen, wegen denen er vor Gericht stand, auf der Heimreise, als der Kreuzer vor Palermo ankerte, zu Schulden kommen lassen. Als die Mannschaften in Palermo Urlaub erhalten sollten, um ans Land zu gehen, und der Wachoffizier die Leute gemustert hatte, trat der Maat auf einen Obermatrosen und einen Oberjungen zu und zerrte ihnen das Halstuch. Am 2. November war der Angeklagte etwas angetrunken. In diesem Zustand vergaß er sich derart, daß er mehrere Matrosen mißhandelte. Einem trat er heftig ins Kreuz, schlug ihn in den Nacken und verfolgte ihn durch mehrere Abteilungen. Ein paar Gipsfiguren, die sich der Matrose in Palermo gelaufen und auf sein Spind gestellt hatte, schlug der wütende Maat in Stücke und warf die Trümmer über Bord. Einem anderen Matrosen hat er mehrfach geprügelt, angeblich aus Scherz. Im ganzen wurden fünf Fälle erwiesen, von denen der Gerichtshof zwei als Rückhandlung und drei als vorstrafwidrige Behandlung charakterisierte. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, er habe bei dem schlechtesten Wetter auf der Heimfahrt sehr schweren Dienst gehabt, auch sei sein Amt hierdurch den Leuten gegenüber sehr erschwert worden. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen den Maat vier Wochen Mittelarrest. Das Gericht zog aber die besonders schwierigen Verhältnisse auf dem kleinen Schiffe und das hierdurch erschwerte Amt als Milderungsgrund in Betracht und erkannte nur auf vierzehn Tage Mittelarrest.

Ausland.

Nach dem Blutbad von Kofow.

Dem Tode eines Mannes, der am Tage nach dem Blutbad in Kofow dort ankam, entnehmen wir folgende Stellen: „... Gestern bin ich nach Kofow gekommen. Nicht nur die Einwohner von Kofow, auch die Passagiere, die auf den letzten Stationen vor der Stadt eintraten, waren überzeugt, daß es heute zu einem Zusammenstoß mit dem Militär und den Streikenden kommen wird. Von dem Militär sprachen auch die in der Stadt verbreiteten Proklamationen des Komitees. Man sah schon durch das Fenster des Wagens Kofowhansen. Es wußte aber niemand etwas Bestimmtes. Der Abendtag ist kurz und ich hatte noch nicht Zeit gehabt, mit meinen Bekannten zu sprechen und zu begründen, was eigentlich vorgeht, als die ganze Stadt in eine furchtbare Gemütsbewegung kam. In den Hauptstraßen begannen verschiedene Fußwecke mit Verwundeten zu erscheinen, unweit des Bahnhofs sah ich Leichen mit Blut begossen. Vor der Wohnung des nach Kofow ge-

kommenden Kamans steht ein kleines Kofowhansen, daß die Aufmerksamkeit der Menge auf sich zieht. Ueberall, wo ich nur Menschen sprechen hörte, sah ich, daß die Ereignisse die ganze Aufmerksamkeit feilen. Heute ist es in den Straßen leer, auf den Anschlagplätzen sind drohende Besammlungen des Kamans. Alle Restaurants sind geschlossen. Vor zwei Stunden nahm ich eine Kutsche und fuhr hinaus. Die Umgebend ist hier und da mit Polizei- und Kofowhansen besetzt. Je näher wir zu dem Versammlungsort kommen, desto unruhiger wird mein Kutscher; er macht darauf aufmerksam, daß gestern ein Pferd angeschossen worden sei. Ich beruhigte ihn. In einer gewissen Entfernung von der Menge verlasse ich mit meinem Freund die Kutsche und wir gehen zu Fuß weiter. Die Menge steht auf dem Feld. Unweit der Menge befindet sich eine tiefe Schlucht. Militär sehe ich hier überhaupt nicht. Die Zahl der Versammelten fällt mir schwer zu bestimmen. Man sagt, es seien viele Tausende... Die Vorhut der Menge ist um die Leiche eines gestern erschossenen Arbeiters versammelt. Der Tote trägt einen weißen Kittel und ein blaues Hemd. Das Volk umringt ihn mit einer dicken Wand; es ist schwer, zu ihm zu kommen. Die Stimmung der Menge ist eine freundliche. Alle sind aufgeregt, aber jeder giebt dem andern Weg. An der Leiche spricht ununterbrochen ein junger Arbeiter. Er ruft nicht zur Revolte, er ist aber auch nicht furchtsam in den Andracken; er spricht darüber, wie die Kapitalisten das Blut der Menschen trinken und daß der Gesetzestag nicht an dem Streik beteiligt gewesen ist. Er war ein einfacher Arbeiter und ist bloß vorbeigegangen. Der Redner ist der Sohn des Getöteten. Er spricht ununterbrochen und aus seinen Worten begreife ich, daß die Streikenden die Leiche den Behörden nicht ausgehändigt haben. Auf der andern Seite der Leiche steht die Tochter des Getöteten. Der Bruder übergießt ihr dann und wann Geld, das ihm das Publikum zukommen läßt. Schon auf dem Wege hierher erzählte man uns, daß vorgestern zum Besten der Streikenden große Spenden eingelaufen seien, daß einer aus der „Intelligenz“ 1000 Rubel geschenkt habe, eine Dame 100 Rubel, 20 Rubel sollen viele gegeben haben. Der Kutscher erzählte auch, daß gerade in dem Moment, wo die Führer des Streiks die Unterstufungen verteilten, der Befehl erteilt worden sei, die Unterstufungen zu geben und gleich darauf auch geschossen worden sei. Er hat auch gesehen, wie eine Dame mit zerbrochenem Fuß weggeführt worden sei. Der Redner sprach von Solidarität. Er machte die Versammelten darauf aufmerksam, daß am vierten Tage des Streiks die Verwaltung der Werkstätten sich habe willig gezeigt, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen; in letzter Minute habe sie sich aber anders befohlen, die Behörden haben der Verwaltung anberufen, den Streikenden nicht nachzugeben, da sonst ein gefährliches Beispiel geschaffen werden könnte.

Rußland und die macedonischen Unruhen.

Der „Regierungsbote“ veröffentlicht folgendes Communiqué: Laut Nachrichten aus der östlichen Türkei schließt die Lage auf der Balkanhalbinsel nicht die Möglichkeit erster Ko-Allianzen aus. Dank rechtzeitig ergriffenen Maßregeln und dem Eintritt des Winters ist anzunehmen, daß die Wahrung in Macedonien eintweilen keine weitere Verbreitung findet. Dennoch sprechen viele Anzeichen dafür, daß die steigende Unzufriedenheit orthodoxer Unterthanen unter dem Druck verschiedener Komitees einen allgemeinen Aufstand im Frühjahr hervorzurufen geeignet ist. Diese bedrohlichen Erscheinungen konnten nicht verfehlen, Russlands Aufmerksamkeit zu erwecken, das von alters her für das Schicksal der verwandten Stämme besorgt ist. Die russische Regierung hat der Pforte entsprechende Vorstellungen gemacht, um einem weiteren Umsichgreifen der Unruhen über die ganze Balkanhalbinsel vorzubeugen, und hat den russischen Vorkonsul in Konstantinopel beauftragt, nach Prüfung der örtlichen Zustände über die Möglichkeit sofortiger Einführung administrativer Reformen in Macedonien zu berichten und ohne Unterlaß der türkischen Regierung deren Durchführung empfohlen zum Zweck der Verbesserung der Lage der orthodoxen Bevölkerung. Insbesondere ist nicht außer acht zu lassen, daß solange Unruhen in diesem Gebiete vorhanden sind, die bei türkischen Regierung Anlaß geben, Maßregeln gegen ausländische Unterthanen zu ergreifen, administrative Reformen und vollkommene Beschäftigung der Bevölkerung vor Uebergriffen der Beamten sehr schwierig sind. Demnach ist die erste und Hauptbedingung für Erfolg nach dieser Richtung das Aufhören der Agitation der Komitees in Macedonien, da sie den von ihnen beabsichtigten patriotischen Zweck nicht erreichen, sondern die Bevölkerung nur von friedlicher Arbeit zurückhalten und sie zu verhängnisvollen folgenreicheren Schritten hinziehen. Die russische Regierung hatte wiederholt Veranlassung, ihre Ansicht über die macedonische Frage auszusprechen. Sie hat jeden Versuch der slavischen Stämme zu gewaltsamer Veränderung der durch internationale Vereinbarungen garantierten Lage auf der Balkanhalbinsel verurteilt. Dieser Ansicht ist die russische Regierung auch gegenwärtig; und angesichts dessen erachtet sie es als zweckentsprechend, von neuem der serbischen und der bulgarischen Regierung wohlmeinenden Rat zu geben und sie auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die in ihrem eigenen Interesse gefährliche Agitation zu verhindern und zur Wiederherstellung der Ruhe auf dem Balkan ihrerseits beizutreten.

Zum Schluss kann die kaiserliche Regierung, welche nicht wenig Beweise ihres freien Willens, die besten Beziehungen mit der Türkei zu unterhalten, gegeben hat, nicht umhin, die Hoffnung auszudrücken, daß die Regierung des Sultans die nötigen Maßregeln zur Unterdrückung jeglicher Gewaltthatigkeiten ergreifen und die Bedeutung der freundschaftlichen Beziehungen Russlands zu Serbien und der christlichen Bevölkerung Macedoniens schützen wird, dessen schnellmöglichste Verwahrung als bestes Mittel erscheint, der Entstehung gefährlicher Komplikationen für die osmanische Regierung vorzubeugen.

„Wirshewnja Wiedomosti“ betrachten das Communiqué des „Regierungsbotes“ als wichtigstes Dokument der letzten Zeit, das von internationaler Bedeutung sei. Es bedente Russlands feines Wort, welches sicherlich weit über dessen Grenzen hinaus vernommen wird. Russland dürfe gewiß auf die Zustimmung der andern Mächte rechnen. Es gehe mit Österreich-Ungarn im Sinne der Konvention von 1897 vor. Die Pforte könne nicht mehr in der Hoffnung auf die Uneinigkeit und das Mißtrauen zwischen den Mächten der Erfüllung ihrer Verpflichtungen ausweichen; sie würde in solchem Falle wesentlich Ereignissen, die dem Ottomaneiche gefährlich würden, entgegengehen.

„Herald“ schreibt: Die Stundgebung der russischen Regierung beansprucht Interesse schon wegen des Zeitpunktes der Veröffentlichung, sodann wegen der besonders energischen Haltung, welche darin von der russischen Politik gegen die wühlende Arbeit des „Komitees“ auf dem Balkan eingenommen wird. Ebenso ersichtlich ist der Ernst, den das Auslandige Amt in der Reformfrage selbst zeigt, dann die Mahnungen an die Türkei, auf deren Wahrung alles ankommt, sowie die Betonung der Gemeinsamkeit der russischen Aktion mit der österreichischen.

„Kowosi“ sagen: Weder Russland noch Österreich wünschen, daß die macedonische Frage zum Krieg führe; beide Mächte seien bemüht, für die orthodoxe Bevölkerung der europäischen Türkei ein normales Leben zu erlangen. Die slavischen Balkanstaaten müßten sich nach der Konvention mit Österreich-Ungarn von 1897 richten, wenn nicht, so nähmen sie die Verantwortung auf sich. Dieses beziehe sich auch auf die Pforte. Russland und Österreich-Ungarn hätten mit Warnungen und freundschaftlichem Rat nicht gefehlt. Die Pforte müßte im eigenen Interesse wirksame Maßregeln zur Beilegung der Unzufriedenheit treffen.

„Kowosi Wremja“ ist überzeugt, daß das Regierungskommuniqué in den weitesten Kreisen im höchsten Maße eine beruhigende Wirkung haben werde, obgleich die Lage auf dem Balkan als eine kritische anerkannt werden müsse. — „Sweil“ findet, daß das Communiqué niemand bedrohe; die Lage auf dem Balkan schließe aber ernste Komplikationen nicht aus; die erste Rolle in dieser Frage gehöre historisch und könne keinem anderen gehören als Russland.

Frankreich.

Der Ausstand in Marseille.

Marseille, 13. Dezember. Der Ausstandsausschuss hat an alle Korporationen einen Aufruf erlassen, in welchem er in scharfen Ausdrücken gegen die Entfaltung von Polizei und Militärmacht Einspruch erhebt und alle organisierten Arbeiter auffordert, den Vorkonten mit unerschütterlicher Energie Widerstand entgegenzusetzen. Schließlich wird der gesamte Arbeiterstand aufgefordert, überall sofort die Arbeit einzustellen, und es wird der Generalausstand proklamiert.

Marseille, 14. Dezember. Auf den Docks herrscht Ruhe. Die gestern getroffenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung werden beibehalten. In den Docks arbeiten mehrere Arbeiter. Zahlreiche Arbeitervereinigungen hielten heute vormittag Versammlungen in der Arbeiterbörse ab, die völlig ruhig verliefen. Gaillard ist an Stelle Rivellis zum Sekretär des Matrosen-Syndikats ernannt worden.

Nizza, 13. Dezember. Die eingeschriebenen Seeleute von Nizza, Villefranche und Ventimilien haben sich dem Ausstand angeschlossen. —

Belgien.

Keine progressive Einkommensteuer. Einem Telegramm der „Pres. Ag.“ aus Brüssel zufolge lehnten alle Sektionen der Kammer die von Hector Denis vorgeschlagene progressive Einkommensteuer ab. Der Entschluß war voranzusehen. Gleich den deutschen Merkmalen ziehen auch die belgischen die Besteuerung des Hungers der Besteuerung der Reichen und Reichsten vor. —

Niederlande.

Ein glänzender Wahlsieg der Socialdemokratie ist der Anstoß der Stichwahl im dritten Amsterdamer Wahlkreise. Unser Parteigenosse Troelstra wurde mit 3397 Stimmen gegen 2003, die für den Liberalen abgegeben wurden, gewählt. An der Wahl beteiligten sich also 5392 Wähler, das sind 84 Proz. der Wahlberechtigten des Kreises, 1015 mehr als bei der Hauptwahl. Von diesem Mehr an Stimmen erhielt Troelstra über 900, der Liberale nur über 100. In allen sechs Wahlbezirken des Kreises erhielt unser Parteigenosse die Majorität. Im Juni 1901 unterlag unser Parteigenosse Henri Polak — der diesmal auf die Kandidatur zu Gunsten Troelstras verzichtete — in Amsterdam III mit 2111 Stimmen gegen 2381 dem liberalen Kandidaten. Die Socialdemokratie hat also seitdem geradezu erstaunliche Fortschritte gemacht. Der Ausfall der Wahl ist denn auch eine Ueberreaktion und bittere Enttäuschung für die bürgerliche Reaktion, die sich der Hoffnung hingab, auch jetzt, wie vor kurzem im neunten Amsterdamer Kreise, mit vereinten Kräften ihren Mißgunstskandidaten durchzubringen und dem bewährten Streiter der Arbeiterklasse nochmals den Wiedereintritt in die Kammer zu verhüten. Bei der zum politischen Denken erwachten Arbeiterschaft ganz Hollands aber hat die Wahl Troelstras lebhafteste Freude und Begeisterung hervorgerufen und das ist leicht erklärlich, wenn man erwägt, wie schwer es bei dem erbärmlichen Wahlrecht in Niederland unsren Genossen gemacht ist, einen der Ihren ins Parlament zu bringen. Kommen doch in Amsterdam III auf einen Arbeiter, der das Wahlrecht besitzt, zwei Arbeiter, die kein Wahlrecht haben! Daran möge man auch fassen, welche Ausbreitung die socialdemokratische Stimmung gewonnen haben muß, um solchen Wahlsieg zu gewinnen und den acht Socialdemokraten in die Kammer zu entsenden. —

England.

Lord Rosebery über das neue Schulgesetz.

London, 10. Dezember. Eine Deputation der Vertreter der Nonkonformisten (freie Sekten) begab sich am 8. d. M. zu Lord Rosebery, um mit ihm die neue Lage zu besprechen, die durch das Schulgesetz geschaffen wurde. Einer der Redner, der nonkonformistische Führer Dr. Clifford, erklärte, daß sich die Sekten gegenwärtig verbünden, um die Zahlung der Schulsteuern zu verweigern. In diesem Entschlusse handelten sie nicht als Nonkonformisten, sondern als freie Bürger, die für Gewissensfreiheit eintreten. Die Antwort Lord Roseberys lautete: „Was freireligiöse Grundsätze betrifft, so hat das Land von Oberhäuse nichts zu erwarten. Aber wer ist schuldig, daß jetzt die Freiheit verlegt wird? Bei den Hauptwahlen im Jahre 1895 gab das Land den Konservativen eine überwältigende Mehrheit, ebenso bei den Wahlen im Jahre 1900. Jedermann kennt die Grundsätze der Konservativen. Man weiß, was von ihnen zu erwarten ist. Das Land wußte, daß sie eine Schulvorlage einbringen werden. Ich bin kein Nonkonformist; ich gehöre der Hochkirche an, dennoch war ich von der Vorlage aus höchste Überraschung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Vorlage einzubringen, die die konstitutionellen Grundlagen unsres Landes untergräbt, schien mir fast unmöglich. ... Ich bin nicht für eine Steuerungsverweigerung. Aber da ich nicht Nonkonformist bin, kann ich den Umfang und die Tiefe Ihrer Erbitterung nicht ermessen. Aber eines ist mir klar: nehmen die Nonkonformisten diese Maßregel ruhig hin, so sind sie als politische Macht verloren. Ich habe so viele Dinge in den letzten Jahren ruhig hingenommen, daß in mir oft die Frage aufsteigt, ob nicht der alte Geist Großbritanniens eine bedeutende Schwächung erfahren hat. Ich meine nicht in der äußeren Politik, sondern in den inneren Angelegenheiten des Landes. Unterwirft sich das Land diesem Schulgesetz, so können wir zwar noch immer in ähren Fragen eine große maritime, militärische oder diplomatische Macht bleiben, aber auf eine innere freireligiöse Entwicklung wäre sehr wenig Hoffnung vorhanden. Das Prinzip der Schulvorlage geht viel tiefer. Sollen die Schulen ganz aus öffentlichen Mitteln unterhalten und ganz von der Kirche beherrscht werden — und sollen unsre Mitbürger ohne Protest dieses Gesetz annehmen, so wäre damit der Beweis erbracht, daß wir politisch entarten. ... Sie haben nichts vom Oberhäuse zu erwarten, auch nichts vom Unterhause. Es bleibt uns nur übrig, an das Land zu appellieren.“ Diese Antwort Lord Roseberys erregte viel Aufsehen. Die konservativen Blätter sind sehr unzufrieden und geben ihm zu verstehen, daß er seine politische Zukunft kompromittiert hätte.

Der Taff-Bale-Prozess. London, 11. Dezember. (Fig. Ver.) Der Prozess der Taff-Bale-Eisenbahngesellschaft gegen die Gewerkschaft der Bahnangestellten begann am 8. Dezember in London. Die Gesellschaft klagte auf einen Schadensersatz von 25 000 Pfd. Sterl. (500 000 M.) So hoch schätzt sie die Summe, die sie durch den Streik der Bahnangestellten im Monat August 1900 erlitten hat. Die Gesellschaft erwirkte bekanntlich den Entschluß der Lordrichter, daß die Gewerkschaft korporativ für den von ihren Beamten herbeigeführten Streik verantwortlich sei. Ueber das Ergebnis des Prozesses läßt sich noch nichts voraussagen. Erst heute sollen die Zeugnisaussagen für die Kläger zum Abhluß gelangen, worauf die Zeugen der Angeklagten folgen werden. Die Presse enthält sich jeder Meinungsäußerung, da in England über schwebende Prozesse nichts veröffentlicht werden darf. —

Asien.

Ein Lebenszeichen des totergestrigen Rullak. Das „Neutische Bureau“ meldet aus Verbera vom 10. Dezember: Der Mullah hat ein zweites herausforderndes Schreiben an die Engländer geschickt, in welchem er auf die Notwendigkeit des Friedensschlusses hinweist, aber die Abtretung eines Hafens an der nördlichen Küste, die Anerkennung seiner Einflusssphäre und die Beilegung der Erschwerung der Waffeneinfuhr verlangt und sich der Leichtigkeit rühmt, mit welcher er sich Feuerwaffen zu verschaffen vermöge. —

Venezuela.

Die Aktion gegen Venezuela scheint tatsächlich zum Stillstand gekommen zu sein. Die beiden Exekutivmächte scheinen eingesehen zu haben, daß sich mit Gewalt wohl gegen Haiti, aber nicht gegen Venezuela etwas ausrichten läßt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man von der Exekution Abstand nehmen und sich mit einer schiedsgerichtlichen Schlichtung des Konflikts befriedigen will. Der Eindruck, den die ersten überstürzten Thaten der gepanzerten Faust überall im Ausland, namentlich aber in den Vereinigten Staaten hervorgebracht, soll die verbündeten Mächte einsehen lassen, daß es besser ist, sich an dem venezolanischen Grant nicht die Zähne auszubeißen. England in erster Linie scheint den Vermittlungsvorschlag Castros, der durch den amerikanischen Gesandten den Mächten überreicht worden ist, keineswegs von der Hand weisen zu wollen.

Die „St. James' Gazette“ will aus Regierungskreisen erfahren haben, England sei bereit, seine Forderungen an Venezuela unter gewissen Bedingungen einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Zwei dieser Bedingungen sind folgende: Venezuela soll eine Summe haren Geldes zahlen — man schlägt dreißigtausend Dollar vor — um seine bona fides zu beweisen; sodann soll während des Schiedsverfahrens der Schiedsrichter die Kontrolle der venezolanischen Zölle erhalten. Der englischen Regierung sei noch nicht bekannt, welche Stellung Deutschland zu der Frage des Schiedsverfahrens einzunehmen gedenke, doch sind augenblicklich ein Meinungsaustausch darüber zwischen Berlin und London statt. Lord Cranborne soll Dienstag im Unterhause darüber interpelliert werden, ob die Regierung beabsichtigt, die Frage einem Schiedsverfahren zu überweisen, und ob solches Anerbieten abgelehnt wurde.

Die englische Regierung will also unter ganz constanten Bedingungen mit sich reden lassen. Die Bereitwilligkeit Englands wird auf die deutsche Regierung nicht ohne Einfluß bleiben. Auch die deutsche Presse, die sonst dem Evangelium der gepanzerten Faust huldigt, zieht bereits mildere Saiten auf. So meint die gut flossent-patriotische „Tägl. Rundschau“:

„Immerhin würde die deutsche Regierung wohl geneigt sein, mit Rücksicht auf etwaige Wünsche in Washington dem Vorschlag näher zu treten, wenn er Annehmliches zu sagen hat, und besonders, wenn die Vereinigten Staaten geneigt wären, die Zahlung der fälligen Beiträge durch Venezuela zu gewährleisten. Ob die Union geneigt sein wird, unter dieser Bedingung zu vermitteln, ist immerhin recht fraglich. Castro's Antwort auf das Ultimatum ist, wie schon gemeldet, in allen Punkten ablehnend ausgefallen. Doch zeigt der Präsident neuerdings in manchen Punkten mehr Entgegenkommen. Besonders ist er geneigt, die Gesandtschaften und Konsulate unter seinen persönlichen Schutz zu nehmen.“

Das ist ein anerkannter nächster Standpunkt, den man freilich schon acht Tage früher hätte einnehmen sollen. Ob Amerika für die Schulden Venezuelas gut sagen wird, ist allerdings noch fraglich, es ist jedoch anzunehmen, daß die Mächte auch ohne diese Bürgerkrieg der „Vereinigten Staaten“ die eisernen Handschuhe ausziehen und der Diplomatie den ferneren Austrag der Angelegenheit überlassen werden. Originell ist, daß schon darin, daß Castro die Konsulate schützen zu wollen erklärt haben soll, ein Einlenken Venezuelas erblickt wird. Vor Ausbruch der von den Mächten begonnenen Feindseligkeiten ist den Vertretern der Mächte noch niemals ein Haar gekrümmt worden. Man sieht aber, welche Anstrengungen unsre Kaspresse bereits macht, um einen Rückzug Deutschlands nach Möglichkeit zu maskieren.

Auch das

Ultimatum der Mächte

wird bereits als eine durchaus harmlose und koncilianten Forderung dargestellt. Nach der „Reuter“-Nachricht soll in den Ultimaten, welche die Vertreter Deutschlands und Englands überreichten, ehe sie Caracas verließen, Venezuela aufgefordert worden sein, die Verichtigung der aus dem letzten und den früheren Bürgerkriegen entstandenen Forderungen anzuerkennen und sich bereit zu erklären, die Entscheidung einer gemischten Kommission, die über die Forderungen befinden soll, anzunehmen. Gleichzeitig sei in den Ultimaten angekündigt worden, daß die deutsche und die englische Regierung gemeinsam vorgehen würden, um Befriedigung ihrer Forderungen zu erlangen.

Seltam, daß Castro diese Forderungen abgelehnt und sein Volk zu den Waffen gerufen haben soll, um sofort durch Amerika einen Vermittlungsvorschlag zu machen, der sich mit den angeführten Forderungen des Ultimats durchaus deckt! Viel wahrscheinlicher ist, daß die Ultimaten eine sofortige Zahlung verlangten.

Die Diplomatie arbeitet ja mit Vorliebe nach Maulwurfsart im Dunkeln, was die Ultimaten wirklich enthalten haben, ist auch diesmal ja nicht bekannt geworden. Immerhin hieß es in der Presse, daß speziell Deutschland die Begleichung eines erheblichen Teils seiner Forderungen binnen 24 Stunden verlangt habe! Immerhin, wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn man sich nunmehr eines Besseren besonnen hat und durch Befreiheit des schiedsgerichtlichen Weges die deutschen Expeditionskosten nach Möglichkeit zu verringern sucht.

Ausdehnung der Monroe-Doktrin.

Der „New York Commercial Advertiser“ bringt nach einer Meldung des „Tag“ folgende Welterklärung eines einflussreichen Senators, vermutlich Lodge-Massachusetts: Castro hat bewiesen, daß die Monroe-Doktrin nicht ausreicht, und daß eine Art Polizeigewalt über Venezuela notwendig ist, um ein stabiles Regiment zu garantieren. Etwas Kehliches, wie das Arrangement mit Kuba, das dessen Verschuldungsfähigkeit beschränkt und die Union berechtigt, zum Schutze der Unabhängigkeit von Kuba zu intervenieren, sollte für die andren kleinen Republiken gelten. Das werde durch den Panamalanal für Panama und den Norden Südamerikas notwendig werden.

Amerikanische Politiker tragen sich demnach mit der Absicht, künftigen Exekutionsversuchen europäischer Mächte ein für allemal einen kräftigen Riegel vorzuschieben!

Welch ähnen Eindruck

der sinnlose Gewaltakt der Mächte, die Vernichtung wehrloser venezolanischer Schiffe, überall hervorgerufen hat, wird durch die folgenden ausländischen Preßstimmen bewiesen. So wird der „Edin. Jtg.“ geschrieben:

„Neben die Stimmung in New York erfährt die „Times“: Es wäre vergeblich, leugnen zu wollen, daß die Vorgänge der letzten beiden Tage einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen haben. Man hat nichts gegen die Anwesenheit der englischen und deutschen Flotte einzuwenden. Selbst wenn diese Flotte zehnmal so groß wäre, würde man nichts dagegen bemerken. Daß die Posthäuser beschlagnahmt werden würden, nahm man als selbstverständlich an. Dagegen taubelt man das Verfehlen der venezolanischen Schiffe, da die Unternehmung dadurch den Charakter einer Strafexpedition er-

halten. Es ist merkwürdig, daß man im allgemeinen dazu neigt, dieses Vorkommnis den Deutschen und nicht den Engländern zuzuschreiben. Der „Commercial Advertiser“ sagt beispielsweise: „Wenn die Engländer allein vorgegangen wären, so würden sie es wahrscheinlich nicht der Mühe wert gehalten haben, vier oder fünf Schlepplähne, die die sogenannte venezolanische Flotte darstellten, wegzunehmen. Jedenfalls würden sie nicht im Traume daran gedacht haben, diese Schiffe in den Grund zu bohren.“ Auch aus Washington erhält die „Times“ Ausdrücke des Bedauerns über das Versinken der Schiffe.“

Man sieht, wie man in Amerika über diese Heldenthat denkt und wie man in England versucht, wieder einmal Deutschland allein die Verantwortung dafür zuzuwälzen! Diese liebenswürdige Absicht der englischen „Verbündeten“ bestätigt auch folgende Londoner Meldung des „Tag“:

„In hiesigen gut informierten Kreisen will man wissen, es seien allerdings die Deutschen gewesen, welche die venezolanischen Kriegsschiffe in den Grund bohrten, aber sie hätten es mit gutem Grunde getan, da die Venezolaner ihnen auf den gefangenen Schiffen wahrscheinlich (!) eine hinterlistige Falle gelegt, vermutlich (!) durch Anbohren der Schiffe, so daß deren deutsche Besatzung sehr gefährdet gewesen wäre.“

Unter der Maske einer durchsichtig läppischen Entschuldigung bezüglich man also bereits in England Deutschland, die Verführung der Schiffe allein und auf eigene Verantwortung ausgeführt zu haben!

Auch die französische Presse stimmt größtenteils in die Verurteilung dieses Aktes ein.

„Patrie“ nennt die Verführung der Schiffe Venezuelas einen Akt der Piraterie. Der Artikel dieses chauvinistischen Blattes schließt mit dem Satz, das „Attentat“ von Caracas sei namenlos feige und es wünsche lebhaft, daß es von den Amerikanern bestraft werden möge. Anglophile Organe suchen die Verführung der Schiffe allein auf Rechnung Deutschlands zu schreiben. In seiner Abendausgabe des „Matin“, die den Separattitel „Le Français“ führt, beginnt ein scharf geschriebener Artikel mit den Worten: Sobald die Deutschen sich in etwas mischen, verleihe sie den Ereignissen sofort den Charakter unvergleichlicher Brutalität. Sie wollen glauben machen, daß sie seit 32 Jahren keine Gelegenheit gehabt hätten, ihre Kräfte zu zeigen, und deshalb zeitweilig das Bedürfnis verspürten, auf Veranlassung französischer Blätter, die selbst in französischem Interesse Venezuela einen Denkzettel gönnen, die Verführung der Schiffe zu verurteilen. Die „Debat“ sprechen ebenfalls die Ansicht aus, England sehe der Verführung der Schiffe fern. Dieses Blatt bemerkt ohne ersichtliche Veranlassung, aber außerdem noch bißig, daß Deutschland schon während der China-Expedition bisweilen überflüssige Brutalität mit notweniger Energie verwechselt hätte, was zur Folge gehabt habe, daß die Deutschen heute in China am meisten gehaßt seien. Es sei wünschenswert, daß nicht wieder gleiche Fehler begangen würden.

Partei-Nachrichten.

Die polnischen Sozialisten von Hamburg, Altona und Umgebung verhandeln in einer Versammlung über den bevorstehenden polnischen Parteitag. Es wurde beschlossen, beim Parteitage zu beantragen, dieser möge einen Vertrauensmann wählen, der an den Sitzungen des deutschen Parteivorstandes teilnehmen soll, damit die bisherigen Differenzen vermindert werden. Die Delegierten zum polnischen Parteitage wurden beauftragt, Stellung zu nehmen gegen die vorjährige Parteiresolution.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zu drei Monaten Gefängnis wurde Genosse Riem in Dresden, Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, verurteilt, weil er durch einen Artikel seines Blattes einen Unternehmer beleidigt haben soll.

Zu 100 Mark Geldstrafe wurde in Königsberg Genosse J. Borckardt, Redakteur des dortigen Parteiblattes, verurteilt. Durch einen Artikel seines Blattes soll er einen Autobesitzer beleidigt haben.

Das Uebersegment.

Das Gewerkschaftsblatt in Uetersen wollte einen Recitationsabend veranstalten, für den Herr Wallotte als Recitator gewonnen war. Die Polizei stellte die Bedingung, daß Frauen nur im „Segment“ bei der Recitation anwesend sein dürfen.

Herr v. Hammerstein, vorausgesetzt, daß er sich bei seiner Segmentverordnung überhaupt etwas gedacht hat, ist dabei doch von der Voraussetzung ausgegangen, daß er die Frauen an der aktiven Teilnahme an einer politischen Veranstaltung verhindern müsse. Die Mitglieder eines politischen Vereins veranstalten bei ihrer Zusammenkunft eine politische Aktion, an der jedes anwesende Mitglied aktiv teilnimmt. Das will er den Frauen nicht gestatten; er will ihnen nur das passive Zuhören gestatten und um den überwachenden Beamten die Möglichkeit zu geben, daß sie die Befolgung dieser Anordnung bequem überwachen können, deshalb schied er die Schafe von den Böden.

Bei der Recitation literarischer Kunstwerke durch einen Künstler sind aber sämtliche Teilnehmer nur passive Zuhörer. Welchen Sinn hat da die Segmentierung der „Frauenspezies“?

Für Herrn v. Hammerstein hat die Geschichte das Angenehme, daß man sich nun bemüht, in seiner Anordnung noch Verunft zu entdecken.

Aus Industrie und Handel.

Warenhaussteuer. Die kürzlich durch die Presse gehende Nachricht, die Warenhaussteuer sei vom Ober-Verwaltungsgericht als mit der reichsrechtlichen Gewerbefreiheit unvereinbar, für rechtswidrig erklärt worden, ist wie sich jetzt herausstellt, nicht ganz zutreffend. Es handelt sich vielmehr um folgende Frage:

Der § 5 Absatz 1 des Warenhaussteuer-Gesetzes vom 18. Juli 1900 bestimmt: „Wäre die nach § 2 — das ist nach dem Umfange — berechnete Warenhaussteuer eines Steuerpflichtigen nachweislich 20 Proz. des nach dem Gesetze vom 24. Juni 1891 für das betreffende Steuerjahr gewerbesteuerpflichtigen Ertrages seines der Warenhaussteuer unterliegenden Unternehmens übersteigen, so ist sie auf seinen Antrag auf diesen Betrag, keinesfalls aber weiter als bis auf die Hälfte des nach § 2 sich ergebenden Steuerjahres, herabzusetzen.“ Eine Veranlagungsbehörde hatte die Anwendbarkeit dieser Bestimmung in einem Falle um deswillen verneint, weil zur Zeit der Veranlagung das Ertragsergebnis des maßgebenden Jahres noch nicht rechnungsmäßig nachgewiesen werden konnte.

Auf erhobene Beschwerde hat das Oberverwaltungsgericht diese Auffassung der Vorinstanzen, wonach ein Nachweis der in Rede stehenden Art und damit die Rechtswidrigkeit des § 5 a. a. O. bei den noch nicht ein volles Jahr bestehenden Betrieben völlig ausgeschlossen sein würde, als weder im Wortlaut noch in der Absicht des Gesetzes begründet zurückgewiesen.

Gegenüber den mannigfachen, auf Unterdrückung der Warenhausbetriebe gerichteten Bestrebungen, so heißt es in der Entscheidung, hat die Staatsregierung mit großem Nachdruck ihre Absicht bekundet, den Warenhausbetrieb nicht in unzulässiger Weise durch die Besteuerung zu erschüttern oder unmöglich zu machen.

Hierauf gerichtete Bestimmungen der Landesgesetze würden mit dem reichsrechtlich geschätzten Grundgedanken der Gewerbefreiheit nicht vereinbar und deshalb nicht rechtsgültig sein. Der § 5 soll aber gerade ein Ventil bilden, um einer, dem Reichsrechte widersprechenden, erdrückenden Besteuerung vorzubeugen. Die hier gegebene Rechtswidrigkeit darf also nicht in einschränkender Weise, sondern sie muß so ausgelegt werden, daß der Erdrückung des Warenhausbetriebes durch die Höhe der Besteuerung in wirksamer Weise vorgebeugt wird.“

Ermäßigung der Rohisenpreise. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erfährt von zuständiger Seite, daß in der gestrigen Sitzung des Rohisen-Syndikats die Preise für Ruddle- und Stahlisen um 2 Mark pro Tonne, also auf 56 bzw. 58 M. ermäßigt worden sind. Die Sätze für die übrigen Rohisenarten bleiben in bisheriger Höhe bestehen. Die Preise gelten für das erste Quartal 1903, event. auch für das zweite Quartal, falls die Käufer sich zum Abschluß für das ganze Quartal entschließen würden. An eine Ermäßigung für Ruddle- und Stahlisen ist die Bedingung geknüpft, daß die Verbraucher ihren ganzen Bedarf an Rohisen von dem Syndikat entnehmen.

Gewerkschaftliches.

Achtstundentag im Bergbau Englands. London, 11. Dez. (Fig. Ver.) Die gemeinsame Konferenz der Vertreter der Bergleute und Bergwerksbesitzer fand gestern in Westminster, Palace Hotel, London, statt. Die Bergleute erklärten, es sei ihnen unmöglich, den Achtstundentag einzuführen; die Bergwerke hätten keine Urjahe, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein; eine Herabsetzung der Arbeitszeit würde die Produktion schädigen. Mr. Sam. Woods, der Vertreter der Bergleute, gab sich redliche Mühe, diese alten reformfeindlichen Argumente zu widerlegen, aber vorläufig ohne Erfolg. Jedoch erklärten sich die Bergleute bereit, weitere Vorschläge von Seiten der Arbeiter entgegenzunehmen zu wollen.

Buchdruckerverband und Socialdemokratie in Schweden. Die Wahlen zum Vorstand des Schwedischen Typographenverbandes, die alljährlich im Dezember stattfinden, bringen in der Regel einen scharfen Wahlkampf zwischen der liberalen und der socialdemokratischen Richtung mit sich. In der Stockholms-Abteilung des Verbandes haben aber in den letzten Jahren die socialdemokratischen Mitglieder so sehr die Oberhand gewonnen, daß die liberalen diesmal auf die Auffstellung eigener Kandidaten verzichteten und Stimmhaltung proklamierten. Die socialdemokratischen Kandidaten wurden dann ohne Gegenstimmen gewählt.

Streik in Frankreich im Monat Oktober. Die „Revue du Travail“, das offizielle Organ des Arbeitsamtes, giebt bekannt, daß im Monat Oktober 8 neue Streiks mit 8588 Streikenden und 2088 durch Streik gezwungenen Arbeitslosen gemeldet wurden. Die Ausstände der Bergarbeiter, welche Mitte Oktober in einer Anzahl von Revieren ausbrachen, sind als ein Streik gezählt. Bezeichnend für die gegenwärtige Geschäftskonjunktur ist der Umstand, daß von den acht Streiks, deren Beendigung im Oktober angezeigt wurde, für die Arbeiter nicht einer von Erfolg begleitet war. 47 der Streikenden wurden von den Unternehmern nicht wieder eingestellt.

Lokales.

Weihnachtsbücher für die Jugend. „Vor Spielzeug, das mit giftigen Farben herausgeputzt ist, wird allezeit gewarnt, ja es giebt dafür sogar ein Reichsgesetz. Die schädliche Jugendlitteratur überfällt ungehindert den Büchermarkt, wird gekauft und verkauft das Volk in einer ganz unberechenbar großen Ausdehnung.“ So schrieb ein Mann, der das Elend unsrer Jugendlitteratur durchstöbert hat, der Lehrer Wolgast zu Hamburg, schon vor sieben Jahren. Er kennzeichnet die Wertlosigkeit der von den Vielfachreibern Kierich und Hoffmann hergestellten Produkte, wies auf die Gleichgültigkeit hin, mit der berufene Pädagogen dem Schund unter den Jugendschriften gegenüber stehen und beklagte namentlich die verwüstende Wirkung, welche die Schlägten- und Rüstenderherrlichkeit, die seit 1871 handwerklich von gewissenlosen Stridibenten geübt wird, unter der Jugend anrichtet. Seitdem ist manches geschehen, was diesem Uebel wehren könnte und die Arbeiten der Jugendschriften-Abteilung des Berliner Lehrervereins haben den schlimmsten Schund ausgemerzt. Eine gute Auswahl von Jugendschriften ist in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, angelegt; diese Bücher sind zum Teil zu einem sehr mäßigen Preise erhältlich. Selbstverständlich hält unsre Buchhandlung auch sämtliche Klassiker, naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Werke, soweit sie für die Arbeiter in Betracht kommen, sowie die Parteilitteratur auf Lager.

Den Abonnenten des „Vorwärts“ bietet die Buchhandlung außerdem noch wertvolle Weihnachtsprämien dar. Es sind dies die drei Kunstblätter in Kupferabdrück auf Chinapapier: Marx, Engels und Lassalle (letzteres Bild als Mittelstück, links und rechts der Reto Horler Originalphotographie). Diese drei Blätter in Größe von 65/85 Centimeter offeriert die Buchhandlung den Abonnenten des „Vorwärts“ zum Preise von zusammen 7 M. 50 Pf. statt früher 9 M. An diejenigen Abonnenten, die früher schon die Bilder von Marx und Engels bezogen haben, wird das Lassalle-Bild zum Preise von 2,50 M. abgegeben. Als weitere Weihnachtsprämien giebt die Buchhandlung Vorwärts die bekannte Kupfergravüre von Delacroix „Die Freiheit führt das Volk“ zum Preise von 5 M. (statt früher 6 M.) ab; ferner die von Korpeles besorgte Ausgabe von Heines poetischen und dramatischen Werken zum Preise von nur 2 M.

Vermischtes.

Ueberschwemmungen.

Catania, 14. Dezember. Infolge der andauernden Regengüsse sind in Leonforte einige Häuser eingestürzt; fünf Personen wurden verletzt, darunter eine schwer. Die Behörden haben Hilfe gesandt. — Bastia. Die ganze Niederrung an der Dikaste ist überschwemmt. Die Flüsse sind über ihre Ufer getreten, reißt die Brücken mit sich fort und verwickelt alles auf ihrem Wege. An mehreren Stellen sind Mühlen, Häuser und Viehherden fortgerissen worden. Der stromende Regen hält noch immer an.

Die Cholera. Da in Damaskus die Cholera ausgebrochen ist und diese Stadt in lebhaftem Reiseverkehr mit Beirut steht, hat der Sanitätsrat für die Reisenden aus Beirut eine ärztliche Untersuchung angeordnet. Ferner hat der Sanitätsrat die Quarantäne für Alexandria von fünf auf sieben Tage erhöht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Venezuela.

La Guayra, 13. Dezember. (W. T. B.) Der englische Dampfer „Tropaz“, welcher am 10. Dezember von der Bevölkerung in Puerto Cabello mit Beschlag belegt war, ist heute wieder freigegeben worden. Die deutschen Schiffe „Halle“ und „Pantier“ sowie das amerikanische Kanonenboot „Marietta“ sind hier eingetroffen.

New York, 14. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Depesche aus Puerto Cabello von gestern haben die Kriegsschiffe „Charubis“ und „Vinta“ um 5 Uhr nachmittags das Feuer auf das Fort und das Zollhaus eröffnet. Das Fort erwiderte das Feuer, wurde aber bald zum Schmelzen gebracht. Die Stadt hat keinen Schaden erlitten.